

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	19
§ 1 Einleitung: Ausgangspunkt, Gegenstand und Aufbau der Untersuchung	23

Erster Teil Einige grundlegende Fragen der AGB-Kontrolle

§ 2 AGB als Phänomen und Regelungsmaterie im Vertragsrecht	29
A. Entstehung und Bedeutung von AGB	29
B. Typischerweise mit AGB-Verwendung verbundene Gefahren	33
C. Die AGB-Kontrolle im europäischen, deutschen und türkischen Vertragsrecht.....	35
I. Die Rechtslage im Europäischen Vertragsrecht	35
1. Europäisches Vertragsrecht im Allgemeinen.....	35
2. Überblick zur Richtlinie 93/13/EWG über missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen	42
3. Überblick zur AGB-Kontrolle des Vorschlags der Europäischen Kommission für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht (DCESL)	46
a. GEK-Entwurf im Allgemeinen	46
b. Aktuelle Entwicklung	49
II. Die Rechtslage im deutschen Vertragsrecht.....	50
1. Die Entwicklung der AGB-Kontrolle bis zum AGB-Gesetz 1976	50
2. Die Entwicklungen der Gesetzgebung hinsichtlich der AGB-Kontrolle	53

III. Die Rechtslage im türkischen Vertragsrecht	58
1. Die Entwicklung des türkischen Privatrechts im Allgemeinen	58
2. Überblick zur AGB-Kontrolle im türkischen Recht....	62
D. Zwischenergebnis.....	67
§ 3 Vertragskonzepte und AGB: AGB-Verwendung zwischen formalem und materialem Vertragsverständnis	71
A. Vertragsfreiheit im Allgemeinen	71
B. Der Grundsatz der Vertragsfreiheit im europäischen, deutschen und türkischen Recht	75
I. Bedeutung und verfassungsrechtliche Verankerung der Vertragsfreiheit im europäischen, deutschen und türkischen Recht.....	75
II. Die Grenzen der Vertragsfreiheit im europäischen, deutschen und türkischen Recht.....	77
C. Das formale und das materiale Vertragskonzept und AGB	79
I. Formale und materiale Vertragsfreiheit und Vertragsgerechtigkeit	79
II. Das Spannungsverhältnis zwischen formalen und materialen Vertragsaspekten im AGB-Recht	82
D. Zwischenergebnis.....	85
§ 4 Legitimation der Kontrolle von AGB	87
A. Diskurs um die Schutzbereichsabgrenzung im AGB- Recht: „personen-“, „rollen-“ oder „situationsspezifische“ Anwendungsbereichsbestimmung	88
B. Legitimation der Einbeziehungskontrolle.....	92
I. Allgemeines zur Einbeziehungskontrolle	92
II. Rechtfertigungsgrund der Einbeziehungskontrolle.....	93
III. Kein Bedarf strengerer Einbeziehungsvoraussetzungen im b2b-Bereich.....	96

C.	Legitimation der Inhaltskontrolle.....	98
I.	Vertragstheoretische Legitimation der Inhaltskontrolle....	99
	1. Die Theorie vom „Institutsmissbrauch“	99
	2. Die Theorie der Richtigkeitsgewähr des Vertragsmechanismus.....	102
	3. Die Lehre der Ungleichgewichtslage in wirtschaftlicher oder intellektueller Hinsicht	105
II.	Rechtsökonomische Legitimation der Inhaltskontrolle: Inhaltskontrolle als Korrektur von Marktversagen	109
III.	Versuch einer Bewertung	113
D.	Zwischenergebnis: Trennung des Anwendungsbereichs nach der Art der Kontrolle	119

Zweiter Teil

Unterschiedliche Schutzstandards nach europäischem, deutschem und türkischem AGB-Recht

§ 5	Schutzansätze im europäischen, deutschen und türkischen AGB-Recht	125
A.	Der Schutzansatz im europäischen Vertragsrecht	125
I.	Die Richtlinie über missbräuchliche Klauseln als Kompromisslösung	125
II.	Verbraucherrechtsansatz der Klausel-RL.....	128
III.	Konzept der AGB-Kontrolle in Vereinheitlichungsprojekten (PECL, ACQP, DCFR) und im GEK-E (DCELS)	133
B.	Der Schutzansatz im deutschen AGB-Recht.....	140
I.	Die Grundsatzdiskussionen vor Erlass des AGB-Gesetzes.....	140
II.	Das umfassende Schutzkonzept des deutschen AGB-Rechts	148
III.	Die Auswirkungen der Klausel-RL auf den Schutzansatz des deutschen AGB-Rechts.....	151
IV.	Gegenwart und aktuelle Debatte zur AGB-Kontrolle im unternehmerischen Verkehr	155

C.	Der Schutzansatz im türkischen (AGB-)Recht	157
I.	Keine spezifische AGB-Kontrolle vor der Umsetzung der Klausel-RL	157
II.	Der Schutz der Verbraucher vor nicht im Einzelnen ausgehandelten Verträgen	161
III.	Allgemeines Schutzkonzept im tOGB von 2012	164
D.	Zwischenergebnis.....	168
§ 6	Schutzadressaten und Schutzzumfang nach europäischem, deutschem und türkischem AGB-Recht.....	173
A.	Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich der Kontrollvorschriften im europäischen Vertragsrecht	173
I.	Persönlicher Anwendungsbereich der Klausel-RL und des GEK-E	174
1.	Verbraucher- und Unternehmerbegriff der Klausel-RL und des GEK-E.....	174
2.	KMU-Begriff nach dem GEK-VO-E	180
II.	Sachlicher Anwendungsbereich der Klausel-RL und des GEK-E	183
1.	Der Begriff „nicht im Einzelnen ausgehandelte Klauseln“	183
2.	Die Merkmale der sachlich erfassten Vertragsklauseln	185
3.	Ausnahmen vom sachlichen Anwendungsbereich nach der Klausel-RL und dem GEK-E.....	189
B.	Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich im deutschen Recht	192
I.	Persönlicher Anwendungsbereich nach deutschem Recht	192
1.	Der Verbraucher- und der Unternehmerbegriff	192
2.	Die partielle Einschränkung der Geltung gegenüber Unternehmern und öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern	196
a.	Die anwendbaren und ausdrücklich ausgenommenen Vorschriften sowie der von der Ausnahme erfasste Kundenkreis.....	196

b. Der Ausgangspunkt der partiellen Einschränkung im Sinne des § 310 I 1 BGB	198
II. Sachlicher Anwendungsbereich nach deutschem Recht ...	202
1. Der Begriff „Allgemeine Geschäftsbedingungen“	202
2. Voraussetzungen für das Vorliegen Allgemeiner Geschäftsbedingungen.....	203
3. Die Erweiterung des Anwendungsbereichs der § 310 III Nr. 1 und 2 BGB für Verbraucherverträge.....	207
a. Fiktion des Tatbestandsmerkmals „Stellen“ bei Standardverbraucherverträgen (§ 310 III Nr. 1 BGB)	207
b. Vorformulierte Einzelverträge (§ 310 III Nr. 2 BGB).....	209
4. Die Abgrenzung von AGB und Individualabrede: „Aushandeln im Einzelnen“	211
a. Sinn und Zweck der § 305 I 3 BGB	211
b. Anforderungen der Rechtsprechung an das Aushandeln	212
c. Aushandeln im unternehmerischen Verkehr	216
5. Ausnahmen vom sachlichen Anwendungsbereich nach deutschem Recht	219
C. Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich im türkischen Recht	222
I. Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich der Kontrolle nach Art. 5 tVerbSchG	223
1. Der Begriff der Verbrauchergeschäfte	223
2. Der Begriff der „unfairen“ Vertragsbedingungen.....	226
II. Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich der Kontrolle nach Art. 20–25 tOGB	229
1. „Jedermann“ als Adressat der Art. 20–25 tOGB	229
2. Der Begriff „Allgemeine Geschäftsbedingungen“	231
3. Ausnahmen vom sachlichen Anwendungsbereich	234
D. Zwischenergebnis.....	234

Dritter Teil
Die Auswirkungen der unterschiedlichen Standards
auf die Schutzdurchsetzung

§ 7	Einbeziehungskontrolle als Schutzinstrumentarium.....	241
A.	Voraussetzungen für die Einbeziehung.....	242
I.	Einbeziehungsvoraussetzungen in den Vereinheitlichungsprojekten (PECL, ACQP, DCFR) und im GEK-E	242
1.	PECL, ACQP und DCFR	242
2.	GEK-E	247
II.	Einbeziehungsvoraussetzungen im deutschen Recht.....	249
1.	Einbeziehung von AGB im Geschäftsverkehr mit Nichtunternehmern nach § 305 II BGB	249
2.	Einbeziehung von AGB im unternehmerischen Geschäftsverkehr nach den allgemeinen Regeln der Rechtsgeschäftslehre	253
III.	Einbeziehungsvoraussetzungen im türkischen Recht	257
B.	Nichteinbeziehung überraschender Klauseln.....	260
C.	Zwischenergebnis	262
§ 8	Inhaltskontrolle als Schutzinstrumentarium.....	265
A.	Die existierenden Regelungsmodelle	265
B.	Inhaltskontrolle nach der Klausel-RL und dem GEK-E	267
I.	Die Handhabung der Generalklausel in Art. 3 I Klausel-RL als Kontrollmaßstab	267
1.	Die Auslegungskompetenz des EuGH der Generalklausel in Art. 3 I Klausel-RL.....	268
2.	Konkret-individuelle oder generell-abstrakte Kontrollgesichtspunkte.....	272
3.	Zweistufiges Prüfungsprogramm	274
II.	Die Rechtsnatur und Bedeutung der Klauselliste im Anhang	279

III.	Der Kontrollmaßstab des Art. 5 Klausel-RL: Transparenzgebot	284
IV.	Der Vorschlag des GEK-E: unterschiedliche Kontrollmaßstäbe für Verbraucher- und unternehmerische Geschäfte	286
C.	Inhaltskontrolle nach deutschem Recht	289
I.	Die Handhabung der Generalklausel in § 307 I BGB als allgemeiner Kontrollmaßstab.....	289
1.	Erste Stufe: Feststellung einer Benachteiligung.....	291
a.	Das Verhältnis zwischen § 307 I und II BGB.....	291
b.	Die Merkmale von § 307 II Nr. 1 und Nr. 2 BGB.	295
2.	Zweite Stufe: Die Feststellung der Unangemessenheit aufgrund von Treu und Glauben.....	299
a.	Die abschließende Abwägung der berechtigten Interessen im Allgemeinen	300
b.	Besonderheiten beim Verbrauchervertrag.....	303
c.	Besonderheiten beim Unternehmervertrag.....	305
II.	Die speziellen Klauselverbote der §§ 308 und 309 BGB	312
III.	Das Transparenzgebot i. S. v. § 307 I 2 BGB	316
D.	Inhaltskontrolle nach türkischem Recht.....	320
I.	Die Handhabung der Generalklausel in Art. 5 tVerbrSchG und in Art. 25 tOGB.....	320
1.	Die Generalklausel für die Inhaltskontrolle der Verbraucherverträge	320
2.	Die Generalklausel für die Inhaltskontrolle außerhalb des b2c-Bereichs.....	323
II.	Die Klauselliste in der Durchführungsverordnung des tVerbrSchG	327
III.	Das Transparenzgebot in tVerbrSchG und tOGB	329
E.	Zwischenergebnis.....	333

§ 9 Schlussfolgerungen	339
Literaturverzeichnis	351
Stichwortverzeichnis.....	381